

Einladung

Mitglieder des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Minister der Finanzen

Präsident des Landesrechnungshofes

Ministerium des Innern und für Kommunales (zu TOP 1)

nachrichtlich: Präsidentin des Landtages
Geschäftsstellen der Fraktionen
Gruppe „Wir für Brandenburg“
Ministerin und Chefin der Staatskanzlei
Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das
Recht auf Akteneinsicht
Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung
der Folgen der kommunistischen Diktatur
Beauftragte für Polizeiangelegenheiten des Landes Brandenburg
Beauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus im Land Brandenburg
Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden
Kabinettreferate aller Ministerien

**22. (öffentliche) Sitzung (Sondersitzung)
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
Donnerstag, den 24. September 2026
10:00 Uhr
Raum 2.050 a/b (Livestream/Aufzeichnung)**

Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tagesordnung (Entwurf):

- 1. Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften 2026 im Land Brandenburg**
Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 8/3322 vom 01.09.2026

Anhörung

- 2. Verschiedenes**

- 2.1 Detaillierter Ablaufplan (Entwurf) für die Beratungen zur Vorbereitung der 2. Lesung des Haushaltsgesetzes 2027/2028**

Beschlussfassung

gez. Falk Janke
Vorsitzender

Anlage/n:

Zu TOP 1:

- 1.1 Liste der Anzuhörenden
- 1.2 Fragenkatalog

Die interessierte Öffentlichkeit, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien werden gebeten, sich möglichst bis zum Vortag beim Sekretariat unter der E-Mail ausschussahf@landtag.brandenburg.de oder der Telefon-Nr. 0331 966-1176 anzumelden. Es können gegebenenfalls Zutrittskontrollen stattfinden. Bitte führen Sie aus diesem Grund einen amtlichen Lichtbildausweis oder einen Dienstausweis des Landes Brandenburg mit.

Besucherinnen und Besucher, für deren Teilnahme an der Sitzung Maßnahmen für den barrierefreien Zugang erforderlich sind, werden um einen entsprechenden Hinweis bei der Anmeldung gebeten. Bitte haben Sie Verständnis, dass in diesen Fällen ein gewisser zeitlicher Vorlauf für die Planung entsprechender Maßnahmen erforderlich ist. Eine Platzreservierung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten in der Reihenfolge der Anmeldungen. Bitte beachten Sie, dass im und am Landtagsgebäude keine Parkplätze zur Verfügung stehen.

Die Sitzung des Ausschusses wird live im Internet übertragen und aufgezeichnet. Die Sitzung kann per Livestream über die Website des Landtages <http://www.landtag.brandenburg.de> mitverfolgt werden. Eine Aufzeichnung der Sitzung ist in der Regel am Folgetag auch in der Mediathek für einen Zeitraum von sechs Monaten über die Website des Landtages abrufbar.

22. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

**Anhörung zum „Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur
Änderung weiterer Vorschriften 2026 im Land Brandenburg“**

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 8/3322

Donnerstag, 24. September 2026, Landtag Brandenburg

Anzuhörende:

(in alphabetischer Reihenfolge)

Jens Graf	Städte- und Gemeindebund Brandenburg e. V. Geschäftsführer
Jessica Hansen Dr. Stephan Kirschnick	Deutscher Richterbund Landesverband Brandenburg e. V. Vorsitzende
Katja Karger	Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Berlin-Brandenburg Vorsitzende
Dr. Sven Klosa	Landkreistag Brandenburg e. V. Referent Landkreistag Brandenburg
Peter Pfennig	Neue Richter*innenvereinigung Landesverband Berlin / Brandenburg e. V. Sprecher des Landesverbandes
Alexander Prill	dbb beamtenbund und tarifunion landesbund brandenburg e. V. Stellvertretender Landesvorsitzender

22. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

**Anhörung zum „Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur
Änderung weiterer Vorschriften 2026 im Land Brandenburg“**

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 8/3322

Donnerstag, 24. September 2026, Landtag Brandenburg

Fragen an die Anzuhörenden:

1. Welchen Beitrag leistet die vorgesehene Neustrukturierung der Grundgehaltstabellen und die Anpassung an die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus Ihrer Sicht dazu, die amtsangemessene Alimentation in Brandenburg dauerhaft rechtssicher auszugestalten?
2. Wie steht das Land Brandenburg mit seinem Vorschlag für die Anpassung an die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Vergleich der Bundesländer?
3. Wie bewerten Sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der damit verbundenen Herausforderungen für die Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie der angespannten Situation der öffentlichen Haushalte die befristete Anhebung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 40 auf 41 Stunden, durch die der vorhandene Personalbestand besser genutzt und zusätzliche Stellenschaffungen vermieden bzw. eine Begrenzung von Personalkosten ermöglicht werden soll?
4. Wie bewerten Sie die vorgesehenen Ausnahmen von der 41-Stunden-Woche für Fallgruppen mit besonderer Schutzwürdigkeit bzw. besonderen dienstlichen Belastungen?